

27. Januar 2026

Warnstreiks in Berliner Kitas belasten Familien und gefährden Stabilität

Die erneuten Warnstreiks der Gewerkschaft ver.di in den Berliner Kita-Eigenbetrieben führen erneut zu erheblichen Belastungen für Kinder und Eltern. Viele Familien müssen kurzfristig alternative Betreuungsmöglichkeiten organisieren, Kinder verlieren Verlässlichkeit und Stabilität im Alltag. Die wiederholten Arbeitsniederlegungen treffen damit genau jene, die auf eine funktionierende öffentliche Kinderbetreuung angewiesen sind.

Tarifverhandlungen sind legitim, aber wenn sie dauerhaft auf dem Rücken der Kinder und Familien ausgetragen werden, ist eine Grenze der Belastung für Familien erreicht. Problematisch wird es vor allem dort, wo diese tariflichen Auseinandersetzungen mit zusätzlichen politischen Forderungen verknüpft werden. Zudem verkennen diese Forderungen, dass Fragen des Personalschlüssels bereits entschieden wurden und der Senat seine Verantwortung wahrgenommen hat.

Um es deutlich zu sagen: Kürzungen im Kitabereich stehen in Berlin nicht zur Debatte. Im Gegenteil: Der Senat investiert gezielt Millionenbeträge in Qualität und Verlässlichkeit. Trotz sinkender Kinderzahlen wurde bewusst auf einen Personalabbau verzichtet. Mit der Novellierung des Kita-Förderungsgesetzes wird der Betreuungsschlüssel im U3-Bereich zum 1. Januar 2026 in zwei Stufen von 1:5 auf 1:4 verbessert. Ohne diese Entscheidung wären in den kommenden Monaten rund 2.400 Vollzeitstellen im Berliner Kita-System weggefallen. Der Senat hat sich damit klar für den Erhalt von Arbeitsplätzen entschieden, um Betreuung und Qualität nachhaltig zu sichern. Berlin geht mit diesen Investitionen bundesweit voran und zeigt, wie die Stärkung von Qualität und Fachkräftesicherung gelingen kann.

Die wiederholten Warnstreiks gefährden hingegen die wirtschaftliche Stabilität der Kita-Eigenbetriebe. Im Ergebnis schaden sie genau diesen Einrichtungen, da sich immer mehr Eltern aufgrund der mangelnden Verlässlichkeit gegen die Kita-Eigenbetriebe entscheiden.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie steht in engem Austausch mit den Kita-Eigenbetrieben, um Notbetreuungen abzustimmen und die Auswirkungen für Familien so gering wie möglich zu halten. Der Senat steht für Verlässlichkeit in der frühkindlichen Bildung – und erwartet diese Verlässlichkeit auch von allen Beteiligten.

Katharina Günther-Wünsch, Senatorin für Bildung, Jugend und Familie: „Ich habe großes Verständnis für die Belastungen der Familien, die durch die wiederholten Warnstreiks immer wieder kurzfristig Betreuung organisieren müssen. Kinder brauchen Verlässlichkeit – gerade in der frühen Bildung. Wer Tarifverhandlungen nutzt, um politische Forderungen durchzusetzen, die längst entschieden und finanziert sind, handelt nicht im Interesse der Familien und gefährdet die Stabilität unserer Kitas. Berlin investiert in Qualität, erhält Arbeitsplätze und sorgt für bessere Betreuung. Diese Verantwortung darf nicht durch immer neue Streiks auf dem Rücken der Jüngsten untergraben werden.“